

## **Beschluss der Bremer Personalversammlung der Lehrkräfte am 01.12.2015**

### **Flüchtlingsintegration mit nachhaltigem Konzept und ausreichender Finanzierung!**

Die Personalversammlung der Bremer Lehrkräfte fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, ein angemessenes Personal- und Raumkonzept für die Integration von ca. 4000 geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und beim Senat eine ausreichende Finanzierung einzufordern. Dabei sind folgende Maßnahmen vorrangig:

- Keine Erhöhung der Klassenfrequenzen.
- Einstellung von mindestens 200 zusätzlichen Lehrkräften für die erhöhte Schüler\*innenzahl und die Integrationsarbeit.
- Zusätzliche Sozialpädagog\*innen/ Pädagogische Mitarbeiter\*innen, entsprechend den realen Bedarfen an den Schulen.
- Die Einrichtung von Sprachförderkursen für die Zeit nach dem Vorkursbesuch sowie ein Sprachförderungskonzept.
- Umfangreiche Qualifizierungsangebote für den Bereich Deutsch als Zweitsprache/Deutsch als Fremdsprache.
- Bereitstellung von ausreichendem Lehr- und Lernmaterial für Vorkurs- und Sprachförderkurslehrkräften.

Diese Bedarfe entstehen kurzfristig, zusätzlich zu den Nachbesserungen im Umfang von 200 Stellen, die der Bürgermeister nach der Bürgerschaftswahl zur Minimierung des Unterrichtsausfalls und zur Absicherung der geltenden Standards für die Inklusion zugesagt hat.

Eine Nichterfüllung dieser Forderungen würde nicht nur die Integration der Flüchtlinge erheblich erschweren, sondern auch insgesamt die Lehr- und Lernbedingungen an den Bremer Schulen massiv verschlechtern.

#### **Begründung:**

Nach Auskunft des Senats an die Bürgerschaft werden bis Ende 2015 ca. 8000 Flüchtlinge (davon ca. 20% Kinder und Jugendliche) plus bis zu 3000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Stadtgemeinde Bremen neu aufgenommen sein. Soweit sie registriert sind, werden sie zurzeit in Vorklassen unterrichtet. Der größte Teil von ihnen wird nach einem halben bzw. nach einem Jahr in das Regelschulsystem übernommen. Damit entsteht ein zusätzlicher Bedarf von mindestens 160 Klassenverbänden. Die Absichtsbekundung der Senatorin für Bildung, im Senat 15 neue Klassenverbände beantragen zu wollen, ist völlig unzureichend. Hinzu kommt, dass die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einen hohen Zusatzbedarf an sozialpädagogischen Fachkräften erfordert. Bisher fehlt jede angemessene Planung, wie mit dieser außerordentlichen Situation umgegangen werden soll.